WP-2 Kapitel 2: Berlin hält zusammen

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	02.12.2025
Tagesordnungspunkt:	3. Kapitel 2 des Landeswahlprogramms (Wohnen, Stadtentwicklung, Tourismus, Clubkultur, Soziales)

Berlin ist unser gemeinsames Zuhause. Die Frage sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalts entscheidet sich hier vor Ort, im öffentlichen Raum wie in den eigenen vier Wänden. Wohnen muss als menschliches Grundbedürfnis geschützt werden. Deshalb kämpfen wir Bündnisgrüne für faire Mieten und eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung, gegen Spekulation und den Ausverkauf von öffentlichem Grund und Boden. Berlin braucht nicht nur mehr, sondern vor allem bezahlbaren Wohnraum – und einen Neubau, der Klimaschutz und soziale Infrastruktur automatisch mitdenkt.

Gerechtigkeit und Zusammenhalt sind für uns Bündnisgrüne auch eine Frage von sozialer Sicherheit.

Niemand soll in Berlin durchs Raster fallen und verloren gehen. Wir finden uns mit Obdachlosigkeit, Kinder- und Altersarmut und der Verwahrlosung des öffentlichen Raums nicht ab, sondern gehen die Probleme an: mit effektiven, dezentralen Hilfestrukturen, einer gut ausgestatteten Stadtteilarbeit und niedrigschwelligen Beratungs- und Präventionsangeboten. Wir wollen, dass unser Sozialsystem für alle da ist, die Hilfe brauchen – entscheidend dafür sind gut aufgestellte, digitalisierte Ämter, die Unterstützung schnell und aus einer Hand gewährleisten können. Wir Bündnisgrüne stehen für einen modernen Sozialstaat in einer solidarischen Gesellschaft, die keinen Menschen aus dem Blick verliert. Denn das offene, vielfältige und solidarische Berlin, das wir so lieben, gibt es nur, wenn wir zusammenhalten und niemand zurückgelassen wird.

2.1. Sicheres Wohnen – sozial, klimafreundlich und gemeinwohlorientiert

Wir Bündnisgrüne wollen ein Berlin schaffen, in dem jeder Mensch das Recht auf angemessenen Wohnraum hat, und das Land ist verpflichtet, die Schaffung und Erhaltung von angemessenem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, sicherzustellen. Dieses Grundrecht aus Artikel 28 unserer Landesverfassung wollen wir endlich durchsetzen. Deshalb schützen wir Mieter*innen vor Wucher, Kündigung und Abriss. Wir schöpfen die Gesetzgebungskompetenzen des Landes für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik vollständig aus und setzen das Recht konsequent um: Dafür braucht es unter anderem starke Bezirke mit qualifiziertem Personal, Datenzugang und verbindlichen Kompetenzen bei Kontrolle, Beratung und Umsetzung.

Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen werden wir zu dauerhaft gemeinwohlorientierten Akteur*innen weiterentwickeln – mit klaren sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Leitlinien. Zu ihren Aufgaben gehört nicht nur die Bereitstellung von Wohnraum, sondern auch, dass sie einen aktiven Beitrag zur Quartiersentwicklung, sozialer Infrastruktur und Klimaschutz leisten. Genossenschaften, Stiftungen oder Modelle wie das Mietshäuser Syndikat zeigen, wie bezahlbarer Wohnraum dauerhaft gesichert oder neu gebaut wird. Deshalb setzen wir Grüne sämtliche Hebel in Bewegung, um alle am Gemeinwohl orientierten Träger*innen umfassend zu stärken. Dazu gehören für uns auch private Vermieter*innen, die rechtlich verbindlich und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen und sich verlässlich um ihre Mieter*innen kümmern.

Öffentlichen Boden für das Gemeinwohl sichern

Wir Bündnisgrüne wollen öffentlichen Grund und Boden nicht verkaufen, sondern vermehren. Öffentliche Grundstücke werden nach dem Prinzip der Konzeptvergabe ausgeschrieben: Wer das beste gemeinwohlorientierte Nutzungskonzept hat, bekommt den Zuschlag. Wohnungsbau folgt nicht den Gesetzen des Aktienmarkts, sondern dem Bedarf der Berliner*innen: als klima- und sozialverträgliche Innenentwicklung in Form von Aufstockung, Dachausbau, Nachverdichtung sowie in Gestalt neuer Stadtquartiere, in denen Wohnen, Arbeiten, soziale Infrastruktur, Grünflächen und Mobilität von vornherein zusammen gedacht und geplant werden – zu fairen Mieten.

Mit verkehrsberuhigten Kiezen und einer vielfältigen Stadtnatur, die uns vor den Folgen des Klimawandels schützt, wollen wir Berlin als grüne Stadt gestalten. Die Stadtplanung erfolgt demokratisch, partizipativ und in enger Abstimmung mit den Bezirken. Ob im Bestand oder im Neubau: Wir wollen lebendige Kieze mit der typischen Berliner Mischung aus Wohnen, Kleingewerbe und Handwerk durch einen besseren Schutz von Gewerbemieter*innen und die Sicherung und Bereitstellung bezahlbaren Gewerberaums fördern.

Wohnraum vor Finanzinteressen schützen

Statt auf bezahlbare Mieten, gut instand gehaltene Wohnungen und energetische Modernisierung zu setzen, unterwerfen sich die großen Immobilienkonzerne vor allem den Regeln des Finanzmarktes. In der Folge öffnet sich die Schere zwischen Bestands- und Angebotsmieten immer weiter, und das lückenhafte Mietrecht wird ausgenutzt, um maximale Renditen zu erzielen. Diese Entwicklungen haben zu großen Ungerechtigkeiten auf dem Berliner Wohnungsmarkt geführt, und immer mehr Menschen haben Probleme, sich angemessen mit Wohnraum zu versorgen. Verdrängung durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen sind für viele Berliner*innen real. Auch deshalb haben wir Grüne uns dafür eingesetzt, dass der erfolgreiche Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ umgesetzt wird. Stattdessen hat Schwarz-Rot die Initiative und die Berliner*innen hingehalten. Es ist unverantwortlich, dass die Initiative nun selbst einen Entwurf vorlegen und damit die Arbeit der Regierung leisten muss! So geht man nicht mit der Entscheidung von Wähler*innen um! Weitere vier Jahre Stillstand können wir uns nicht leisten! Wir werden den bereits beschlossenen Volksentscheid deshalb weiter vorantreiben und unterstützen weiterhin die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“.

Nachhaltig und gemeinwohlorientiert bauen

Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen stehen unter erheblichem Druck, zugleich günstige Mieten, soziale Wohnraumversorgung, hohe Instandhaltungsqualität, energetische Modernisierung und ökologische Neubauziele zu erfüllen – bei begrenzten finanziellen Spielräumen. Auch das führt dazu, dass sie ihrem öffentlichen Auftrag und den daraus folgenden Erwartungen nicht immer gerecht werden. Genossenschaften haben – so wie auch andere am Gemeinwohl orientierte Akteur*innen – keinen einfachen Zugang zu Grundstücken oder Fördermitteln und werden bei Planungsverfahren und Quartiersentwicklungen nicht systematisch eingebunden.

In Berlin entsteht zu wenig bezahlbarer neuer Wohnraum, und wenn neu gebaut wird, entsteht zu wenig von dem, was tatsächlich benötigt wird, und das nicht nachhaltig. Das liegt an fehlendem Planungsrecht, langen Genehmigungszeiträumen und hohen Baukosten, vor allem aber an der Spekulation mit Grund und Boden. Ein klimagerechtes und kreislauffähiges Bauen wird

zwar seit langem diskutiert, kommt aber kaum in die Umsetzung. Stattdessen dominieren herkömmliche Bauweisen, mit viel Beton und viel Abfall am Ende des Lebenszyklus. Die Grundstücksvergabe orientiert sich häufig noch immer an Höchstpreisen, nicht am gesellschaftlichen Nutzen. Öffentliche Grundstücke werden zu selten für Klimaschutz, soziale Infrastruktur oder günstigen Wohnraum eingesetzt.

Es fehlt in Berlin noch immer an einer ganzheitlichen, nachhaltigen und demokratischen Stadtentwicklung – Planungsprozesse sind nicht transparent und nicht systematisch miteinander verknüpft. Dies zeigt sich besonders bei der Entwicklung neuer Quartiere, in denen weder Kitas, Schulen und ÖPNV noch die Anpassung an den Klimawandel in Form von Schutz vor Hitze und Starkregen ausreichend mitgedacht werden. Das werden wir Bündnisgrüne ändern.

Wohnsicherheit durch Genossenschaften stärken

Wir verstehen den Wunsch, sicher in den eigenen vier Wänden zu leben. Eigentumsförderung, die vielen zugutekommt, ist aber angesichts der Immobilienpreise nicht umsetzbar. Gerade mal 41 Familien will Schwarz-Rot jetzt mit 17 Millionen Euro zum eigenen Heim verhelfen. Das ist bestenfalls Symbolpolitik! Deshalb wollen wir Genossenschaften stärker fördern und Menschen mit niedrigeren und mittleren Einkommen beim Erwerb von Genossenschaftsanteilen unterstützen. Denn wer in einer Genossenschaft lebt, kann in den eigenen vier Wänden sicher leben. Außerdem wollen wir die Grunderwerbssteuer nicht nur auf das Niveau von Brandenburg anheben, sondern klar sozial staffeln: Menschen, die in den eigenen vier Wänden leben wollen, zahlen weniger, große Unternehmen dafür mehr.

Mit einem „Genossenschaftspakt Berlin“ werden wir Grüne mit Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Träger*innen einen Maßnahmenplan für Bürokratieabbau, Projektfinanzierung und Grundstückszugang entwickeln. Bestehende genossenschaftliche Initiativen, die vor der Realisierung stehen, wollen wir finanziell absichern, ein Förderprogramm mit ausreichender Planungssicherheit auflegen und städtische Flächen per Erbbaurecht, basierend auf Modellen niedriger Festzinsen, für Genossenschaften zur Verfügung stellen. Zur Förderung der Genossenschaftsbewegung gründen wir eine beratende Koordinierungsstelle, fordern die Aufnahme eines „Gemeinwohlprinzips“ in die Vergabeordnung, prüfen Bürgschaften für junge, neue Genossenschaften und nehmen auch Modelle wie das Mietshäuser Syndikat in Förderprogramme auf.

Mietwohnungen wieder bezahlbar machen

Mit unserem Bezahlbare-Mieten-Gesetz werden wir Vermieter*innen, die mehr als 50 Wohneinheiten haben, dazu bringen, je nach Größe einen bestimmten Anteil ihrer Wohnungen zu bezahlbaren Preisen anzubieten, für die Instandhaltung Geld zurückzulegen und in die Häuser zu investieren. Dabei sehen wir Grüne einen harten Sanktionsmechanismus vor: Statt nur Bußgelder auszusprechen, die viele renditegetriebene Geschäftsmodelle aus der Portokasse bezahlen oder bei der Verwertung von schlecht sanierten Häusern mit einpreisen, wollen wir Treuhänder*innen einsetzen, die für eine ordentliche Instandhaltung und soziale Vermietung sorgen. Außerdem sollen Gewinne, die sich aus Verstößen gegen das Bezahlbare-Mieten-Gesetz speisen, in Zukunft abgeschöpft werden können. Sollten einzelne Vermieter*innen diesem sozialen Rahmen dennoch partout nicht nachkommen und sich wiederholt weigern, die Regeln einzuhalten, ist für uns klar, dass diese Vermieter*innen auch auf Dauer nichts mehr auf dem Berliner Wohnungsmarkt zu suchen haben und ihre Wohnungen veräußern müssen. Unser Ziel ist die Versorgung breiter Berliner Bevölkerungsschichten mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum.

Wir Bündnisgrüne verschärfen das Vorgehen gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum: Die ausschließliche Nutzung von Wohnraum für Ferienwohnungen werden wir gesetzlich unterbinden und einen Bußgeldkatalog mit einem Mindestbußgeld von 50.000 Euro bei Zweckentfremdungen einführen. Mit einer öffentlich einsehbaren interaktiven Karte und einer entsprechenden App erleichtern wir die Meldung, Dokumentation und Verfolgung von Verdachtsfällen. Das Treuhänder*innen-Modell werden wir endlich zur Anwendung bringen und damit Wohnraum wieder für Wohnzwecke herstellen. Mit einem Gesetz gegen spekulativen Leerstand sorgen wir dafür, dass Wohnraum nach sechs Monaten Leerstand unter Zwangsverwaltung gestellt und in letzter Konsequenz vergesellschaftet werden kann. Außerdem bauen wir den Milieuschutz weiter aus, indem wir besonders Bezirke mit wenigen Gebieten wie beispielsweise Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau oder Marzahn-Hellersdorf unterstützen. Zudem wird Personal in den Gebieten verstärkt, um möbliertes Wohnen auf Zeit dort zu unterbinden.

Während viele Berliner*innen verzweifelt eine Wohnung suchen, sorgen Spekulation und mangelnde Instandhaltung dafür, dass Gebäude leer stehen oder abgerissen werden, um mit hochpreisigen Neubauten höhere Renditen zu erzielen. Wir Grüne werden daher neben einem Monitoring auch ein Abriss-Verbot für Mehrfamilienhäuser einführen. Der Abriss von intaktem Wohnraum wird grundsätzlich verboten, es sei denn, die ökologische oder soziale Notwendigkeit kann nachgewiesen werden und es entsteht infolge des Abrisses mehr bezahlbarer Wohnraum als vorher. Die Umnutzung und Weiterentwicklung bestehender Gebäude zu Wohnzwecken für Bewohner*innen und Eigentümer*innen wollen wir dagegen erleichtern. Dazu gehört auch die Förderung von Generationen-WGs und die Schaffung barrierefreier, bezahlbarer, kleiner Wohnungen am Rande bestehender Siedlungen, um altersgerechte Alternativen im Kiez zu ermöglichen.

Verdrängung durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen sind für viele Berliner*innen real, daher streben wir den Aufbau einer Ankaufsagentur für den Erwerb umgewandelter Wohnungen an. Mit einem Sofortprogramm „Wohnungsnot durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen stoppen“ etablieren wir Förderinstrumente für Ankäufe von aufgeteilten Häusern und einzelnen Eigentumswohnungen und stärken die Genossenschaftliche Immobilienagentur Berlin-Brandenburg (GImA) sowie Strukturen in den Bezirken, die Mieter*innen und Genossenschaften beim gemeinschaftlichen Erwerb unterstützen. In den Bezirken erweitern wir die kostenfreie Mieter*innenberatung und bauen die landeseigene Mietpreisprüfstelle stadtweit durch weitere Standorte aus.

Mietrecht endlich wirksam und gerecht reformieren

Auf Bundesebene setzen wir Bündnisgrüne uns für eine Reform des Mietrechts und des Baugesetzbuchs ein, mit der sichergestellt wird, dass der Gebrauch von (Wohnungs-)Eigentum zugleich dem Allgemeinwohl dient, wie es das Grundgesetz vorsieht. Dazu gehören für uns vor allem eine dauerhafte und effektive Mietpreisbremse, die Ermöglichung eines Mietendeckels durch eine Länderöffnungsklausel und die wirksame Bekämpfung von Mietwucher. Eigenbedarfskündigungen wollen wir deutlich erschweren und Indexmieten wollen wir für die Zukunft verbieten und bei derzeitigen Verträgen eine Kappungsgrenze einbauen sowie möbliertes Wohnen auf Zeit stark eindämmen. Wir schützen die Mieter*innen durch eine Stärkung und Erweiterung von Vorkaufsrechten, die Entfristung des stadtweiten Verbots der Umwandlung in Eigentumswohnungen und eine Absenkung der Kappungsgrenze. Auch den Mietspiegel

wollen wir reformieren und die Mieten der letzten 20 statt 6 Jahre mit einberechnen. Besonders zentral ist auch eine Reform der Bodenpreisberechnung. Teure und überteuerte Immobiliengeschäfte dürfen nicht länger die Bodenpreise weiter nach oben treiben und so bezahlbaren Neubau erschweren.

Nicht nur Wohn-, auch Gewerbemieten werden immer teurer, wodurch kleine inhabergeführte Geschäfte, lokale Dienstleistungen sowie soziale und kulturelle Einrichtungen verdrängt werden. Es fehlt nach wie vor an einer wirksamen Mietregulierung für Gewerbe, der Kündigungsschutz ist minimal, und bei Nachverhandlungen regiert das Recht des Stärkeren. Wir Grüne werden daher die Initiativen aus der letzten Legislatur aufgreifen und uns auf Bundesebene sowohl für eine Mietpreisbremse für Gewerberäume als auch für eine Reform des Gewerbemietrechts einsetzen, damit Mieter*innen Gewerberäume langfristig zu gleichbleibenden Konditionen nutzen können und einen echten Kündigungsschutz erhalten. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemieter*innen einführen.

Nach wie vor versuchen Kriminelle, illegal erwirtschaftetes Geld, beispielsweise aus dem Drogengeschäft, durch den Erwerb von Immobilien wieder in den Wirtschaftskreislauf einzuschleusen, um es so zu „waschen". Daher wollen wir Bargeldzahlungen für Immobilien verbieten. Steuerschlupflöcher durch Share Deals oder bei der Erbschaftssteuer wollen wir schließen.

Landeseigene Wohnungsunternehmen stärken

Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen sind mit inzwischen fast 400.000 Wohnungen eine der wichtigsten Säulen für die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, für die energetische Modernisierung und den bezahlbaren Neubau. Damit dies auch so bleibt, setzen wir Bündnisgrüne uns für verbindliche Gemeinwohlziele und eine effektive parlamentarische Kontrolle der Unternehmensführung ein. Wir werden uns für einen übergreifenden, stadtweiten Steuerungsrahmen mit Zielvorgaben, Leistungskennzahlen und Investitionsplanung, die Einführung eines regelmäßigen öffentlichen „Transparenzberichts Wohnen" mit einheitlichen Kennzahlen und unabhängige Aufsichtsgremien starkmachen und den Mieter*innen mehr Mitentscheidungsrechte, z. B. bei anstehenden Modernisierungen, geben. Den Wohnungstausch wollen wir unter den Mieter*innen durch ein transparentes Verfahren und faire Mieten bei Verkleinerung fördern sowie zwischen den Landeseigenen Wohnungsunternehmen ermöglichen. Wir werden bei der Wohnungsvergabe vulnerable und einkommensarme Gruppen besser berücksichtigen, indem wir unter anderem die Wohnberechtigungsschein-Quote (WBS-Quote) erhöhen. Außerdem wollen wir einen Mietendimmer einführen sowie die Härtefallregelung für einkommensschwache Haushalte verbessern. Wir setzen uns für ein Räumungsmoratorium und die Schaffung eines Präventionskonzepts zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit ein. Die entsprechende Anwendung des Landesantidiskriminierungsgesetzes stellen wir sicher. Noch immer rächt es sich bitter, dass frühere Regierungen über 200.000 kommunale Wohnungen verkauft haben. Damit sich dieser historische Fehler nicht wiederholt, wollen wir eine sogenannte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung einbauen, denn die Wohnungen gehören uns Berliner*innen.

Der Wohnungsbestand ist nicht nur eine entscheidende Grundlage für die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, sondern auch eine wichtige Ressource für den Klimaschutz. Durch einen Förderfonds für sozial-ökologische Modernisierungen und eine gesetzliche Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen werden wir Brutto-Mietsteigerungen durch klimabezogene Sanierungsmaßnahmen verhindern.

Auch die Landeseigenen Wohnungsunternehmen müssen ihre Bestände pflegen und modernisieren, Klimaanpassung und Neubau finanzieren. Damit Mieter*innen dabei nicht finanziell überfordert werden, wollen wir Grüne zielgerichtete Härtefalllösungen ausbauen und bei Bedarf zusätzliche Förderungen durch das Land bereitstellen. Im Gegenzug erwarten wir, dass unsere Unternehmen Verantwortung in den Quartieren übernehmen: durch Projekte zum Aufbau von Nahwärmenetzen genauso wie durch die Förderung und Pflege sozialer und kultureller Infrastruktur in den Kiezen. Mit einem Sofortprogramm für soziale Gewerbemieten stellen wir

leer stehende Erdgeschossflächen sozialen Trägern, Kulturschaffenden, Jugendeinrichtungen und Nachbarschaftsinitiativen zu gedeckelten Mieten zur Verfügung und entwickeln ein soziales Gewerbemietmodell, das Vergabekriterien gemeinwohlorientiert gestaltet. Die Großsiedlungen werden wir durch gezielte Investitionen in die soziale Infrastruktur, Pflege öffentlicher Räume und Quartiersarbeit stabilisieren.

Wohnungsbau sozial und ökologisch ausrichten

Der Wohnungsbau muss sich an den sozialen Bedarfen orientieren und zugleich ökologisch und klimafreundlich werden. Darum heißt Neubau für uns zuallererst Nachverdichtung im Bestand, um Neuversiegelung und weiteren Zubau von Infrastruktur zu begrenzen. Grundlage dafür ist das verbindliche Leitbild „Gutes Quartier“ mit sozialen, ökologischen, verkehrlichen und baukulturellen Standards. Wir Grüne starten eine Potenzialanalyse für Aufstockung und den Dachausbau in allen Bezirken und entwickeln einen neuen Standard für das Berliner Dach mit Fokus auf Gründächer und Klimaeffizienz. Um möglichst wenig Fläche zu versiegeln, setzen wir auf intelligente Verdichtung, mehrgeschossige Häuser und wollen stärker in die Höhe bauen. Eine pauschale Abschaffung der Berliner Traufhöhe lehnen wir aber ab. Hochhäuser können sinnvoll sein – wenn sie stadtplanerisch in die Umgebung passen, ökologischen Ansprüchen gerecht werden und dem Gemeinwohl dienen. Auch hier gilt, dass wir bezahlbaren und sozialen Wohnraum brauchen. Immer neue Bürotürme oder Wolkenkratzer gegen den Willen der Bezirke und Nachbarschaften – wie am Gleisdreieckpark oder der Warschauer Straße – lehnen wir ab.

Leerstand aktiv in Wohnraum umwandeln

In Berlin stehen über 1,7 Millionen Quadratmeter an Büroflächen leer. Deshalb wollen wir Bündnisgrüne den Umbau in Wohnraum mit einem neuen Förderprogramm unterstützen. Wo es möglich ist, wollen wir leer stehende Büros zu bezahlbaren Wohnungen umbauen. Berlin braucht nicht mehr Büroräume, sondern muss vor allem die vorhandenen Büroräume nutzen. Bevor neue Bürogebäude gebaut werden, sollten die vorhandenen instand gesetzt und entweder als Wohnungen oder eben als modernisierte Büroflächen genutzt werden. Wir wollen nicht, dass neue Bürogebäude weiter Flächen versiegeln. Deshalb werden wir ein Bürobau-Moratorium verhängen und keine weiteren Baugenehmigungen für Büroflächen erteilen. Auch zahlreiche Shopping-Center haben mit Leerstand zu kämpfen. Deshalb wollen wir die Nutzung für soziale und kulturelle Angebote sowie öffentliche Daseinsvorsorge unterstützen.

2.2. Moderne Stadtentwicklung – Boden für das Gemeinwohl sichern

Öffentlicher Grund und Boden wird nicht mehr privatisiert, sondern bleibt als „Allmende“ dauerhaft in öffentlicher Hand oder gemeinwohlorientierter Trägerschaft. Mit einer vorausschauenden, sozial-ökologisch ausgerichteten Bodenbevorratung sichern wir Bündnisgrüne strategisch wichtige Flächen und damit die gemeinwohlorientierte Entwicklung der Stadt. Dafür richten wir einen Ankaufsfonds ein, auf den auch die Bezirke und gemeinwohlorientierte Akteur*innen in Abstimmung mit dem Land zugreifen können. Für ehemalige landeseigene Grundstücke, die spekulativ gehortet oder zweckentfremdet werden, schaffen wir ein Rückkaufsrecht. Die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) werden wir stärker an einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Entwicklung statt an einer Maximierung der Einnahmen ausrichten. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben.

Die Liegenschaftspolitik werden wir mit Hilfe einer Boden- und Liegenschaftsagentur transparent und planvoll steuern: Jede Vergabe wird in einer zentralen Datenbank nachvollziehbar, beteiligungsorientiert und gemeinwohlverpflichtet erfasst. Unter dem Motto „Boden für Gemeinwohl“ werden wir uns dafür einsetzen, dass ein festgelegter Anteil landeseigener Grundstücke vorrangig an Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Träger*innen per Erbbaurecht vergeben wird. Für jede Vergabe öffentlicher Grundstücke werden wir die Konzeptvergabe gesetzlich verpflichtend machen. Dabei gilt in Zukunft: Das beste Konzept entscheidet, nicht der höchste Preis. Darüber hinaus werden wir ein niedrigschwelliges, transparentes Konzeptvergabeverfahren mit 30 Prozent Mindestanteil für gemeinwohlorientierte Träger*innen einführen, bei dem der Erbbaurechtszins umso geringer ist, je sozial-ökologischer die geplante Nutzung wird.

Die Stadt gemeinsam, sozial und klimaresilient entwickeln

Statt eine Stadtentwicklungspolitik zu verfolgen, die von oben herab entscheidet, setzen wir Grüne uns für eine kooperative Stadtentwicklung ein, bei der die Menschen und nicht die Investor*innen im Mittelpunkt stehen.

Klimaschutz und -anpassung sowie die sozial gerechte Stadt mit bezahlbaren Mieten werden wir zum Leitprinzip der Stadtentwicklung machen. Stadtentwicklung ist mehr als einzelne Häuser oder Grundstücke. Wir wollen die Stadtquartiere der Zukunft schaffen, aus denen Berlin und seine Bezirke wachsen können. Dazu stärken wir die Bezirke, um integrierte Entwicklungskonzepte für Umbau, Erhalt von Gebäuden, Infrastruktur, Klimaschutz, Grünflächen und Straßen zu erstellen. Bürger*innen sollen sich aktiv beteiligen können – mit echter Mitsprache und transparenten Beteiligungsverfahren.

Die bestehenden Stadtentwicklungspläne und Landesprogramme werden wir regelmäßig fortschreiben. Wir Bündnisgrüne wollen die Stadt und ihre Kieze weiter zusammen mit den Berliner*innen gestalten und den Austausch von Ideen für eine gemeinwohlorientierte, lebenswerte Stadt für alle systematisch fördern, etwa durch Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEK), eine regelmäßige Bezirksentwicklungsplanung, städtebauliche und architektonische Wettbewerbe, die partizipative Umsetzung von Projekten im Kiez und Stadtdebatten für besondere Orte. Bei der Planung von Ausgleichsflächen sorgen wir dafür, dass die Mittel in Berlin und in der unmittelbaren Nähe bleiben. Wir werden ein landesweites Flächenregister aufbauen, das Informationen zu Eigentum, Nutzung, Leerstand, baulichem Zustand und Potenzialflächen enthält. Das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung entwickeln wir weiter und erhöhen die Quote für mietpreisgebundenen Wohnraum (WBS-Wohnungen) auf 50 Prozent. Außerdem wollen wir im Rahmen der kooperativen Baulandentwicklung einen Anteil von bezahlbaren Gewerberäumen erreichen. Denn auch hier besteht ein dauerhafter Mangel. Die Privatisierung von kommunalen Gewerbehöfen (der GSG) unter Rot-Rot erfordert dringend den erneuten Aufbau von kommunalen Gewerbehöfen, den wir unter Rot-Grün-Rot bereits begonnen haben. Wir prüfen, ob im Rahmen der kooperativen Baulandentwicklung auch Oberschulplätze geschaffen bzw. finanziert werden können, die wir in den nächsten Jahren dringend brauchen werden.

Stadtplanung begreifen wir als gemeinschaftliche Aufgabe von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft und öffnen die Verwaltungsstrukturen für regelmäßige Stadtdebatten, eine öffentliche Wettbewerbskultur und transparente Partizipation. Bürger*innen sollen aktiv mitwirken können – mit echter Mitsprache und transparenten Beteiligungsverfahren. Dafür braucht es eine verständliche und zeitgemäße Darstellung und Koordination von Stadtentwicklungsprozessen und niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten, etwa in Form von Bezirksausstellungen zur Quartiersentwicklung. Mit uns wird die ressortübergreifende

Zusammenarbeit und die Beteiligung aller Fachämter bei jeder Quartiersentwicklung von Anfang an verpflichtend.

Bauen grün und lebenswert denken

Eine mögliche Internationale Bauausstellung 2034/37 in Berlin muss eine Umbau-IBA sein: Eine IBA, die an die IBA der 1980er-Jahre anknüpft und eine behutsame Stadtentwicklung, Umbau im Bestand und Klimaschutz ins Zentrum setzt, kann eine Bereicherung für unsere Stadt sein.

Mit einer Anpassung der Bauordnung fördern wir das serielle und klimagerechte Bauen, vereinfachen die Baustandards und senken damit zugleich die Baukosten. Durch Typengenehmigungen und eine digitalisierte Genehmigungsplattform für Bauanträge beschleunigen wir zugleich das Genehmigungsverfahren. Das Bauen mit Holz in Berlin ist ein Erfolg unserer Regierungsbeteiligung. Für den Neubau sollen nachwachsende und ökologische Baustoffe wie Holz, Stroh, Lehm und Hanf sowie neu entwickelte CO_2-arme Baustoffe zum Einsatz kommen. Nicht nur bei der Vermietung, auch beim Neubau sollen die Landeseigenen Wohnungsunternehmen Vorbilder sein: Sie bauen ökologisch und dem Bedarf entsprechend und senken die Kosten durch den Aufbau gemeinsamer Baukapazitäten. Das Schumacherquartier wollen wir als großes Holzbauquartier mit flexiblen Grundrissen sowie vielen kleinen, barrierefreien Wohnungen errichten, um spätere Umzüge zu ermöglichen und den Wohnraum bestmöglich zu nutzen.

Denkmalschutz endlich klima- und zukunftsfest überarbeiten

Wir wollen auch den Denkmalschutz überarbeiten und so gestalten, dass der Klimaschutz und die Weiterentwicklung Berlins zu einer lebenswerten grünen Metropole immer Vorrang vor dem Denkmalschutz haben. Wir wollen das Berlin von morgen bauen und nicht das von gestern konservieren. Wir brechen bewusst mit dem Ziel der Stadt der Steine und wollen, dass Berlin grün statt grau wird.

Stadtquartiere nachhaltig, bezahlbar und nah gestalten

Neue Stadtquartiere entwickeln wir klimaverträglich und mit Nutzungsmischung, autofreien Mobilitätsangeboten und stadtverträglicher Dichte – unter Einbindung der Bezirke, der Zivilgesellschaft und gemeinwohlorientierter Bauträger*innen. Wir Grüne stellen sicher, dass Kitas, Schulen und ÖPNV, aber auch Grünflächen, Kultur, Sport, Jugendorte, Nahversorgung und soziale Infrastruktur von Anfang an mitgeplant und später auch umgesetzt werden. Nach dem Prinzip der 15-Minuten-Stadt sollen alle wichtigen Alltagsfunktionen fußläufig erreichbar sein. Der Nahverkehr muss fertig sein, wenn die ersten Menschen einziehen. Die bestehende Bausubstanz integrieren wir so weit wie möglich in die Planungen und reißen sie nicht einfach ab. Durch klare ökologische Leitlinien und verbindliche Standards erreichen wir bis 2030 das Ziel der Netto-Null-Versiegelung. Es soll dort gebaut werden, wo Flächen schon versiegelt sind. Die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur unterstützt unser Ziel der Netto-Null-Versiegelung ab 2030.

Neue Quartiere müssen von Beginn an gemeinwohlorientiert, ressourcenschonend und klimaneutral geplant werden. Wärme und Energie sollen fossilfrei sein und nachhaltig genutzt werden. Wir wollen Berlin zur Schwammstadt machen und Wasser nachhaltig nutzen. Straßen und öffentliche Räume gestalten wir grün, mit schattenspendenden Bäumen und kühlenden Elementen. Wir schaffen Plätze und Grünflächen als Mittelpunkt jedes Quartiers. So fördern wir Begegnung und Miteinander. Grünflächen wollen wir vielfältig gestalten, auch mit innovativen

Sport- und Bewegungsangeboten. Sport gehört für uns zur Quartiersplanung ebenso dazu: Von Anfang an planen wir hierfür ausreichend Flächen mit ein. Wichtig ist uns, Kinder und Jugendliche an diesem Prozess zu beteiligen und vor allem ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen. Sie bekommen sichere, barrierefreie Spielplätze und eigene Treffpunkte und Freiräume.

Wir Bündnisgrüne schauen nicht nur auf das neue Quartier, sondern auch auf die Nachbarschaft. Wo es zu wenig soziale oder öffentliche Infrastruktur gibt, bauen wir diese in den neuen Quartieren für die umliegenden Kieze mit. Im Erdgeschoss wollen wir Geschäfte und Nahversorgung statt Technikräumen. Bei der Planung berücksichtigen wir auch Animal-Aided Design, damit Tiere in der Stadt weiterhin Platz haben. Bestehende Gebäude wollen wir möglichst erhalten und umbauen – und nicht einfach abreißen. Für uns ist klar: Wir brauchen eine Bauwende. Wir müssen die vorhandenen Ressourcen effizienter nutzen, Leerstand vermeiden und Abriss so weit wie möglich verhindern.

Neue Quartiere bauen wir zusammen mit gemeinwohlorientierten Partner*innen und Genossenschaften. Private Eigentümer*innen müssen dafür sorgen, dass die Mehrheit der Wohnungen bezahlbar ist.

Wir haben dabei auch die Entwicklung der Metropolregion Berlin-Brandenburg im Blick: auf der Ebene der Hauptstadtregion und kleinräumig in den Kooperationsräumen des Kommunalen Nachbarschaftsforums. Das bedeutet die Nutzung des Siedlungssterns, den konsequenten Ausbau des Umweltverbunds und der erforderlichen Infrastrukturen entlang der gemeinsamen Entwicklungsachsen. In der Innenstadt sorgen wir nach dem Vorbild Charlottenburg-Wilmersdorfs für die flächendeckende Aufstellung von Landschaftsplänen zur Sicherung und Verbesserung der blau-grünen Infrastruktur und eine qualitätsvolle Stadtentwicklung.

Lebendige, grüne und soziale Kieze schaffen

Wohnungsneubau ist wichtig, wenn denn das Richtige gebaut wird. Für uns ist das bezahlbarer Wohnraum statt teurer Luxusappartements. Der „Stadtentwicklungsplan Wohnen 2040“ hat das richtige Ziel, dass die Hälfte aller neu gebauten Wohnungen gemeinwohlorientiert sein sollen. Um das Ziel aber auch zu erreichen, wollen wir eine Roadmap für die Umsetzung aufstellen. Das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung wollen wir deshalb ausbauen. Wenn neues Baurecht geschaffen wird, soll zukünftig mindestens die Hälfte der Wohnungen für Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen zur Verfügung stehen. Wir wollen besonders Wohnungen für niedrige und mittlere Einkommen fördern und mehr kleine, barrierefreie Wohnungen schaffen.

Öffentliche Flächen wollen wir zu Orten der Begegnung machen. Mit Beteiligung in den Stadtteilen stärken wir Grüne den Austausch unter Anwohner*innen und die Demokratie vor Ort. Alle Berliner*innen sollen ihr Umfeld aktiv mitgestalten können – Sprachbarrieren dürfen dabei kein Hindernis sein. Die Beteiligungsbüros in den Bezirken sowie die Mobile Stadtteilarbeit wollen wir deshalb stärken und ausbauen.

Wir wollen lebendige Innenstädte mit gemischten Vierteln, klimaneutraler Mobilität, mehr Grün und Wasserflächen. Dafür stocken wir Fördermittel auf und stärken Maßnahmen zur Innenentwicklung, statt einfach nur Grün- und Freiflächen zu versiegeln. Gerade in dicht bebauten Kiezen und Vierteln mit wenig Grün investieren wir in bessere Wohnumfelder – mehr Pflanzen, entsiegelte Böden und Kühlung an heißen Tagen.

Auch Kultur gehört für uns zur Stadtentwicklung dazu. Wir wollen, dass in allen neuen Stadtquartieren und bei größeren Bauvorhaben Flächen für Kultur von Anfang an mitgeplant und

zu leistbaren Konditionen angeboten werden. Wir unterstützen die Initiative „Urbane Praxis“ als Teil der kulturellen Stadtentwicklung und fördern entsprechende Projekte.

Berlin hat kein Flächenproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Wir Grüne wollen endlich die Projekte und neuen Stadtquartiere praktisch umsetzen, die seit Jahren bei der Stadtentwicklungsverwaltung in Planung oder bereits fertig geplant sind, statt immer wieder öffentliche Diskussionen über neue mögliche Flächen anzuzetteln, die dann wieder nur einen jahrzehntelangen Vorlauf benötigen würden. Dabei stellen wir die neuen Stadtquartiere auf den Prüfstand, die ökologisch wichtige Flächen versiegeln. Ein Beispiel dafür ist die vom Senat geplante massive Bebauung von Späthsfelde, die das Aus für über 500 Kleingärten bedeuten würde.

Das Tempelhofer Feld erhalten

Das Tempelhofer Feld ist für uns unverzichtbar – der Volksentscheid ist bindend. Wir lehnen jede Bebauung ab. Das Tempelhofer Feld ist ein einmaliger Ort der Naherholung, für Sport und Freizeit, für soziales Miteinander sowie für Umwelt, Natur und Stadtklima. Wir wollen, dass das so bleibt.

2.3. Nachhaltiger Tourismus – damit Berlin Berlin bleibt

Jedes Jahr kommen Menschen aus aller Welt in unsere Stadt, um die Vielfalt Berlins zu erleben, Kunst und Kultur zu genießen, sich hier zu erholen und eine gute Zeit zu haben. Ob Wirtschaft, Stadtentwicklung oder Arbeit: Tourismus ist für uns Bündnisgrüne dabei ein Querschnittsthema. Uns ist dabei klar: Berlin braucht einen stadt- und kiezverträglichen sowie nachhaltigen Tourismus. Deshalb schreiben wir Bündnisgrüne das bisherige Tourismuskonzept fort und passen es an aktuelle Herausforderungen an. Ob Kultureinrichtungen, lokales Gewerbe oder öffentliche Infrastruktur – mit einer nachhaltigen Planung, die ganz Berlin in den Blick nimmt, schaffen wir eine Metropole, in die Besucher*innen immer wieder gerne kommen und von der die Menschen dieser Stadt überall profitieren.

Dafür nehmen wir die gesamte Stadt in den Blick. Wir investieren in hitzeverträgliche Infrastruktur, um auch in Zukunft den Herausforderungen zunehmend heißer Sommer gewachsen zu sein. Das kommt allen, ob Tourist*innen oder Berliner*innen, zugute.

Tourismus stadtweit steuern

Längst überfällig ist eine berlinweite Steuerung von neuen Hotelstandorten. Einen Wildwuchs darf es nicht mehr geben. Neue Hotels müssen sich an der Stadtverträglichkeit und der Zahl bereits bestehender Betriebe orientieren. Deshalb wollen wir mit einem Hotelentwicklungsplan festlegen, in welchen Gebieten neue Hotels und Hostels noch möglich sind und wo nicht mehr. Bereits geplante Standorte gehören auf den Prüfstand. Denn die Flächen können wir sinnvoller nutzen – z. B. für neue Schulen oder bezahlbaren Wohnraum. Wir wollen den innerstädtischen Reisebusverkehr endlich steuern und ein Konzept hierfür auf den Weg bringen.

Wir stärken dezentrale Strukturen und Projekte vor Ort. Auch die Bezirke wollen wir Grüne dabei unterstützen, die besonders von Overtourism betroffenen Nachbarschaften mit geeigneten Maßnahmen zu entlasten. Gerade in den touristischen Hotspots braucht es auch mehr Gelder für Sauberkeit im öffentlichen Raum. Außerdem wollen wir die Aufenthaltsqualität und

Infrastruktur dort stärken, wo bisher nur wenige Tourist*innen ankommen. Mit Pilotprojekten in den Außenbezirken schaffen wir neue Besuchsrouten, binden lokale Kulturformate ein und verbessern die touristische Information vor Ort. Um auch die Berliner*innen besser mit einzubeziehen, wollen wir außerdem Beteiligungsformate wie den Bürger*innenbeirat Tourismus stärken, indem wir diesen institutionalisieren und mit echten Mitspracherechten ausstatten. So entsteht eine vielfältige, stadtweite Tourismuslandschaft – getragen von den Kiezen.

Nachhaltigkeit des Tourismus stärken

Wir Bündnisgrüne sind überzeugt, dass nachhaltiger Tourismus eine Chance für die Weiterentwicklung der gesamten Stadt sein sollte. Um nachhaltige Angebote zu fördern, reaktivieren wir den Fonds „Ökologischer Tourismus“ und unterstützen damit Hotels, Gastronomie und andere touristische Anbieter*innen bei Investitionen in Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit. Damit lokale Strukturen wirklich vom Tourismus profitieren können, braucht es jedoch auch klare Steuerung. Wir machen uns daher für die vollumfängliche Umsetzung bisheriger Maßnahmen des Tourismuskonzepts 2018+ stark und wollen diese um eine ressortübergreifende Koordination ergänzen. Damit Kurzzeitvermietung an Tourist*innen nicht zur Wohnungsnot dieser Stadt beiträgt, wollen wir dies durch datengestützte Nachverfolgung und konsequente Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots besser regulieren. So stellen wir sicher, dass Tourismus zur Lebensqualität aller beiträgt.

2.4. Lebendige Clubkultur – Berliner Clubs schützen

Die vielen Berliner Clubs und Kollektive bieten Räume, in denen Musik und Kultur jenseits des Mainstreams stattfinden können. In ihrer Vielfalt sind sie ein wichtiger Bestandteil der Kultur und bieten kreativen Freiraum. Um Berlins Clubszene beneidet uns die ganze Welt. Sie ist einer der maßgeblichen Gründe dafür, dass Tourist*innen und neue Bewohner*innen in die Stadt kommen, und somit auch ein echter Wirtschaftsfaktor. Clubs sind zudem Orte der gesellschaftlichen Begegnung und individuellen Entfaltung sowie Safer Spaces für marginalisierte oder diskriminierte Gruppen.

Doch der Status Berlins als Epizentrum und Innovationsmotor der internationalen Clubkultur hat in den letzten Jahren Kratzer bekommen: Immer wieder werden Clubs und Musikspielstätten durch Immobilienspekulation und private Bauvorhaben verdrängt oder geraten aufgrund steigender Kosten und Mieten unter Druck. Die Schließung des SchwuZ und anderer Standorte hätte durch das Engagement des Senats vermieden werden können und daneben bedrohen die Pläne des Bundes und des Senats zum Weiterbau der A 100 gleich mehrere Berliner Club-Standorte.

Club-Standorte schützen und Kultur sichern

Wir Bündnisgrüne wollen Berlins Clubkultur erhalten und gezielt fördern. Neben dem von uns eingeführten Schallschutzfonds und der Unterstützung der Arbeit der Clubcommission nutzen wir sämtliche Instrumente, um der Verdrängung von Clubs, kleinen Musikspielstätten und Open-Air-Veranstaltungen Einhalt zu gebieten: von einer besseren Absicherung durch planungsrechtliche Vorgaben und Auflagen durch Land und Bezirke über vereinfachte Genehmigungsverfahren und die gezielte Unterstützung von Zwischennutzungen bis zu unserem Einsatz für ein soziales Gewerbemietrecht, die Definition von Clubs als Kultureinrichtungen im Baugesetzbuch und eine Lärmschutz-Reform auf Bundesebene.

Förderung für Clubs einführen und Kooperationen ausbauen

Zukünftig müssen auch Clubs mit kuratierten Programmen einen Zugang zur öffentlichen Kulturförderung haben. Für akut bedrohte Orte der Clubkultur wollen wir einen Notfallfonds einrichten. Wir setzen uns zudem für eine eigenständige Strukturförderung der Clubkultur ein und sorgen dafür, dass der Tag der Clubkultur nebst Preisgeld in der Hand der Szene bleibt. Wir stärken die Vernetzung und die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Bereich Nachtökonomie. Und wir unterstützen Club-Betreiber*innen, Kollektive und die Clubcommission darin, die Awareness-Arbeit zu stärken und gegen Diskriminierung jeglicher Art vorzugehen. Das erfolgreiche Drug-Checking-Projekt setzen wir gemeinsam fort.

2.5. Soziales Berlin – gerecht, solidarisch und füreinander da

Berlin funktioniert nur gemeinsam. Unsere Stadt lebt von Solidarität, Gerechtigkeit und dem Vertrauen darauf, dass niemand zurückgelassen wird. Wir Bündnisgrüne wollen, dass Menschen in schwierigen Lebenslagen schnell und unbürokratisch die Unterstützung erhalten, die sie wirklich benötigen.

Unser Ziel ist ein starkes soziales Netz, das Sicherheit und Chancen für alle bietet. Armut, Wohnungslosigkeit oder soziale Ausgrenzung können jede*n treffen – deshalb bauen wir Hürden ab und sorgen dafür, dass Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

Wir wollen eine Stadt, in der Hilfesuche kein Makel, sondern Ausdruck von Zusammenhalt ist. Denn alle Menschen haben ein Recht auf die Leistungen des Sozialstaates – und auf eine Gesellschaft, die stolz darauf ist, füreinander einzustehen.

Berlin soll ein Ort sein, an dem soziale Gerechtigkeit spürbar ist, der Nachbarschaften stärkt und Gemeinschaft trägt – eine Stadt, in der Zusammenhalt die Grundlage für ein gutes Leben für alle bildet.

Armut wirksam bekämpfen statt verwalten

Unser Sozialsystem soll Menschen unterstützen, nicht Bürokratie verwalten. Heute sind Verfahren oft zu kompliziert und überlasten sowohl Antragstellende als auch Beschäftigte. Wir wollen, dass Hilfe schneller, einfacher und gerechter ankommt.

Dafür treiben wir Grüne die Digitalisierung der Sozial-, Jugend- und Wohnungsämter voran. Digitale Prozesse sollen Anträge erleichtern, Wartezeiten verkürzen und Bürokratie abbauen. Digitalisierung ersetzt dabei keine persönliche Beratung – sie schafft Freiräume für sie. Ziel ist eine „One-Stop-Agency“, bei der Leistungen gebündelt und mit einem einzigen Antrag bewilligt werden können. Ein erster Schritt ist die automatische Gewährung von Kinder- und Elterngeld ab der Geburt nach dem Hamburger Modell „Kinderleicht zum Kindergeld“.

Gleichzeitig prüfen wir mehrjährige Bewilligungen und vereinfachte Weiterbewilligungen, um Menschen unnötigen Aufwand zu ersparen. Mit mobilen Bürger*innenämtern und mehrsprachigen Angeboten wollen wir mehr Menschen erreichen. Zur gezielten Armutsbekämpfung wollen wir eine Landeskommission gegen Altersarmut einrichten und die Schuldner*innenberatung stärken und landesweit verankern.

Der BerlinPass soll wieder eingeführt werden – digital oder auf Papier – und einkommensschwachen Menschen vergünstigten Zugang zu Mobilität, Kultur und Freizeit bieten.

Das Sozialticket (Ticket S) wollen wir als vergünstigtes Deutschlandticket für unter 20 Euro weiterentwickeln. So gestalten wir ein modernes, gerechtes Sozialsystem, das Armut wirksam bekämpft, die Verwaltung entlastet und allen Berliner*innen Teilhabe ermöglicht.

Zugang zu regulärem Wohnraum verwirklichen

Wer seine Wohnung verliert, landet oft in einem Teufelskreis aus Notunterkünften, Unsicherheit und fehlender Perspektive. Wohnungslosigkeit darf jedoch nicht zur Dauerlösung werden – unser Ziel ist die Vermittlung in regulären Wohnraum.

Wir Bündnisgrüne wollen den begonnenen Prozess der gesamtstädtischen Unterbringung abschließen und Unterkünfte qualitativ verbessern. Mit dem Landesamt für Unterbringung schaffen wir eine moderne Verwaltung, die Unterbringung koordiniert und aktiv Wohnangebote entwickelt. Dabei setzen wir auf dezentrale Einrichtungen, die Integration in den Sozialraum ermöglichen. Die Bezirke sollen hierfür eine jährliche Pauschale pro Unterbringungsplatz erhalten.

Sozialen Wohnungsbau und Unterbringung wollen wir enger verzahnen, um Übergänge in dauerhafte Mietverhältnisse zu erleichtern. Den Profit mit Wohnungslosigkeit beenden wir, indem wir das Geschützte Marktsegment ausbauen: Eine städtische Akquiseeinheit soll mehr Vermieter*innen gewinnen und vermitteln. Die Mietausfallgarantie wird auf zehn Jahre verlängert, damit jede an wohnungslose Menschen vermietete Wohnung abgesichert ist.

Mit Bürgschaften, Förderprogrammen und dem Generalmietermodell stärken wir soziale Träger beim Bau und der Bereitstellung von Wohnraum. Den Härtefallfonds für Energieschulden führen wir fort, um Wohnungsverlust zu verhindern.

Wege aus der Obdachlosigkeit ermöglichen

Obdachlosigkeit ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck sozialer Not – und sie darf in einer solidarischen Stadt kein Dauerzustand sein. Wir Grüne wollen mit einem klaren Aktionsplan gegen Straßenobdachlosigkeit den Weg in ein selbstbestimmtes Leben ebnen.

Dazu werden wir den Zugang zu Unterkünften erleichtern, insbesondere für EU-Bürger*innen ohne Leistungsanspruch, und die Kältehilfe ganzjährig mit einem 24/7-Angebot absichern. Mehrsprachige Beratung und Spezialangebote für besonders vulnerable Gruppen – etwa Frauen sowie Lesben, Schwule, Bisexuellen, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*), Minderjährige, Sexarbeitende und Menschen mit Behinderung – werden gezielt ausgebaut. „Keine Unterbringung ohne Beratung“ bleibt unser Leitprinzip.

Wir stärken neben der ganzjährigen Kältehilfe Tages- und Hitzehilfeangebote sowie Beschäftigungs- und Teilhabeprojekte, um den Zugang zu Sozialleistungen zu erleichtern. In der Gesundheitsversorgung wollen wir die niedrigschwelligen Gesundheitszentren und Krankenwohnungen ausbauen und den Zugang zu medizinischer Behandlung auch ohne Versicherung verbessern. Ebenso stärken wir die psychosoziale Versorgung durch eine enge Zusammenarbeit von Straßensozialarbeit und psychosozialen Diensten direkt in den Kiezen.

Mit dem Programm „Housing First“ ermöglichen wir wohnungslosen Menschen den unmittelbaren Zugang zu eigenem Wohnraum – ohne Vorbedingungen. Wir wollen es ausbauen und gemeinsam mit den Landeseigenen Wohnungsunternehmen mehr Wohnungen bereitstellen. Für Housing First und Familien sollen eigene Leistungstypen nach § 67 SGB XII geschaffen werden. Zwangsräumungen von Familien mit Kindern dürfen künftig nur noch mit Ersatzwohnraum erfolgen.

Soziale Orte mit Begegnung schaffen

Die beste Prävention gegen Armut und Einsamkeit ist ein starkes soziales Umfeld. Wir Grüne wollen soziale Angebote nah an den Menschen schaffen, besser vernetzen und gemeinsam weiterentwickeln. Bislang werden sozialräumliche Strukturen wie Altenhilfe, mobile Nachbarschaftsarbeit, Quartiersmanagement oder Wohnungsnotfallhilfe oft isoliert betrachtet. Wir wollen diese integriert denken und koordinieren, damit sie sich gegenseitig stärken.

Unser Ziel sind offene Orte der Begegnung, Beratung und Unterstützung, die allen Menschen zugänglich sind – unabhängig von Herkunft oder Alter. Diese nichtkommerziellen Räume bieten Chancen für Austausch, Teilhabe und Gemeinschaft. Mit mobiler Stadtteilarbeit wollen wir Menschen erreichen, denen der Weg in ein Nachbarschaftszentrum bislang zu hochschwellig ist.

Mit einem Altenhilfestrukturgesetz wollen wir die Angebote für Menschen über 60 Jahre bündeln, vernetzen und verlässlich finanzieren. Gleichzeitig entwickeln wir mit einer Landesstrategie gegen Einsamkeit Maßnahmen, um gezielt Menschen zu erreichen, die von sozialer Isolation betroffen sind. Das Seniorenmitwirkungsgesetz werden wir partizipativ reformieren, damit ältere Berliner*innen ihre Interessen aktiv einbringen können.

Um soziale Ungleichheiten vor Ort gezielt zu bekämpfen, wollen wir die Bezirke mit Flexibudgets für besonders belastete Nachbarschaften ausstatten. So können sie präventiv und nachhaltig auf soziale Herausforderungen reagieren.

Ehrenamt stärken und Zuwendungen vereinfachen

Das Ehrenamt ist das Rückgrat des sozialen und kulturellen Lebens in Berlin. Tausende Engagierte tragen täglich dazu bei, dass unsere Stadt zusammenhält. Wir Bündnisgrüne wollen sie besser unterstützen, Ehrenamts- und Nachbarschaftsnetzwerke ausbauen und die Arbeit der Ehrenamtsagenturen als Türöffner für Engagement und Begegnung stärken. Starke Nachbarschaften sind die beste Prävention gegen Vereinsamung.

Damit Engagement und soziale Projekte dauerhaft wirken können, wollen wir das Zuwendungsrecht vereinfachen und mehrjährige Förderungen ermöglichen. Viele Initiativen müssen jedes Jahr um ihre Finanzierung bangen – das schafft Unsicherheit. Wir sorgen für Planungssicherheit und Entbürokratisierung, damit Engagement dort ankommt, wo es gebraucht wird: bei den Menschen.

Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 2)

Eigentum verpflichtet, auch auf dem Wohnungsmarkt – das Bezahlbare-Mieten-Gesetz

Wir Bündnisgrüne schaffen ein Bezahlbare-Mieten-Gesetz. Das Gesetz macht eine Sozialquote bei Wiedervermietung verbindlich. Vermieter*innen mit mehr als 50 Wohnungen müssen gestaffelt nach Anzahl der Wohnungen einen bestimmten Anteil ihrer Neuvermietungen zu bezahlbaren Mieten, mindestens 20 Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete, vermieten. Außerdem werden wir mit dem Gesetz eine Instandhaltungspflicht und -rücklage einführen. Vermieter*innen müssen einen Teil der Miete zurücklegen und diese Mittel für laufende Instandhaltungen nutzen.

Vermieter*innen, die sich nicht an die gesetzlichen Vorgaben halten, müssen nach Abmahnung im Laufe von zwei Jahren ihre Wohnungen – vorzugsweise an ein landeseigenes Unternehmen – veräußern.

Bürobau stoppen – Leerstand nutzen

In Berlin stehen über 1,7 Millionen Quadratmeter Büroflächen leer. Wir wollen den Umbau von Büros zu bezahlbarem Wohnraum mit einem neuen Förderprogramm unterstützen. Wo immer es möglich ist, sollen ungenutzte Büroflächen in Wohnungen umgewandelt werden. Berlin braucht derzeit keine neuen Bürogebäude, sondern die bessere Nutzung der bestehenden Bauten. Daher werden wir ein Moratorium für den Neubau von Büroflächen verhängen und keine weiteren Baugenehmigungen für Bürobauten erteilen.

Das soziale Deutschlandticket – Berliner Sozialticket sichern und weiterentwickeln

Das Berliner Sozialticket (Ticket S) wollen wir Grüne als vergünstigtes Deutschlandticket für unter 20 Euro weiterentwickeln. So schaffen wir einen Nahverkehr, der unabhängig vom Einkommen für alle zugänglich, sicher und bezahlbar ist. Zugleich ermöglichen wir mit diesem Ticket eine Mobilität über die Berliner Landesgrenzen hinaus.